

Auf Wiedersehen, schwarze Null



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) muss sein Ziel eines Haushalts ohne Schulden für die nächsten Jahre aufgeben.

VON THERESA MÜNCH

Berlin. Früher verspottete man ihn als „Olaf Schäuble“, weil er wie sein Vorgänger strikt an einer Politik der schwarzen Null festhielt. Jetzt gibt Finanzminister Olaf Scholz, frisch gekürter Kanzlerkandidat der SPD, dieses Ziel, also einen Haushalt ohne neue Schulden, für die nächsten Jahre auf. Mindestens bis 2024, möglicherweise auch länger, soll der Bund im Kampf gegen die Corona-Pandemie Kredite aufnehmen. Das Kabinett segnete seinen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr und die längerfristige Planung am Mittwoch ab. Jetzt ist der Bundestag dran – und es deutet sich an: Die Schuldenpolitik des Vizekanzlers kommt nicht bei allen gut an.

Für 2021 plant Scholz mit neuen Krediten in Höhe von 96,2 Milliarden Euro. Dafür soll, wie auch dieses Jahr, erneut die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausgesetzt werden. Das sei nötig, sagte Scholz, um den Weg zu Ende zu gehen, den die Bundesrepublik mit ihrem Krisenprogramm seit Ausbruch der Corona-Pandemie gehe. „Wir handeln entschlossen, auch wenn es viel Geld kostet – Nichtstun käme unserem Land sehr viel teurer“, betonte er.

Insgesamt plant Scholz mit Ausgaben in Höhe von 413,4 Milliarden Euro. Das ist fast ein Fünftel weniger als in diesem Jahr, allerdings schlugen da auch enorme Summen etwa für Hilfspakete zu Buche. Ab 2022 will Scholz die Schuldenbremse wieder einhalten. Das bedeutet jedoch nicht, dass keine Schulden gemacht werden – in gewissem Umfang sind neue Kredite erlaubt. Und diesen Umfang, kündigte Scholz an, wolle er ausschöpfen.

Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Sarah Ryglewski, sieht in dem Beschluss die Fortsetzung einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik: „Die Fortschreibung des Konjunktur- und Zukunftspakets soll neben dem Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und konjunkturelle Impulse zu schaffen. Zudem sind wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands vorgesehen“, teilte die Politikerin mit.

Die FDP wirft dem Vizekanzler dagegen vor, seinen Haushalt nicht im Griff zu haben. Scholz versuche, mit neuen Krediten „von seinen roten Zahlen und Budget-Löchern abzulenken“, kritisierte Haushälter Otto Fricke. Erneut die Schuldenbremse auszusetzen, sei hoch riskant, „denn man kann die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt nicht dauerhaft auf Pump finanzieren“. Unions-Haushälter Eckhardt Rehberg erklärte, die Ausnahme 2021 sei noch einmal nötig. Doch: „Die Finanzen im Bundeshaushalt werden erst wieder in Ordnung sein, wenn die Schuldenbremse eingehalten ist.“ Tatsächlich will Scholz die für die Hilfspakete in der Corona-Krise aufgenommenen Schulden ab 2023 über Jahre wieder abbauen. Wie das gelingen soll, blieb unklar. Die 48 Milliarden Euro starke Rücklage, sozusagen das Sparschwein im Bundeshaushalt, will der Finanzminister im kommenden Jahr noch nicht antasten. Bleibt nur Sparen, also Ausgaben kürzen – oder mehr Einnahmen schaffen.

„Wir werden nicht gegen die Krise ansparen, das ist Teil unseres ökonomischen Konzepts“, machte er klar. Stattdessen solle im Jahr der Bundestagswahl noch mehr investiert werden, um die Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Der Etat sieht Milliardeninvestitionen in Straßen und Schienenwege, in den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft und in die Kinderbetreuung vor. Gefördert wird etwa Künstliche Intelligenz, 5G und die Wasserstofftechnologie. Der Gesundheitsfonds bekommt fünf Milliarden mehr als geplant, auch die Verteidigungsausgaben sind höher, Deutschland gibt zudem mehr Geld für humanitäre Hilfe.

Grünen-Haushälter Sven-Christian Kindler kritisierte, es gebe zu wenig klare und dauerhafte Investitionszusagen in Klimaschutz und Digitalisierung. „Das ist ein Haushalt mit vielen Lücken“, erklärte er. Die Löcher in der Finanzplanung kippe Scholz „einfach der nächsten Bundesregierung vor die Füße“.

Allerdings scheint Scholz nicht ganz abgeneigt, wenn es um höhere Einnahmen für den Bund geht, also etwa höhere Steuern für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Er sei weiterhin der Überzeugung, „dass man ein gerechtes Steuersystem haben sollte“, betonte der SPD-Politiker. In jedem Fall sei gerade nicht die Zeit für Steuersenkungen für Spitzenverdiener.
